

Niederschrift Nummer BUV/13/002

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Bauen und Verkehr	20.05.2026

Sitzungsort	Sitzungsdauer
Ratssaal des Ratstraktes	15:00 - 16:24 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Jens Schmülling

Schriftführer: Stefan Böcking

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Herr Knut Bommer	ordentl. Mitglied
Herr Julian Deuse	ordentl. Mitglied
Herr Franz Herdring	ordentl. Mitglied
Herr Oliver Schäfer	stv. Vorsitzender
Herr Jens Schmülling	Vorsitzender

Christlich Demokratische Union

Herr Frank Beerwald	ordentl. Mitglied
Herr Maximilian Hellmich	ordentl. Mitglied
Herr Christian Hoffmann	ordentl. Mitglied
Herr Martin Strunk	ordentl. Mitglied

Alternative für Deutschland

Herr Lars Ulrich Hauswirth	ordentl. Mitglied
Herr Jan Marvin Schneider	ordentl. Mitglied

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Harald Brückner	ordentl. Mitglied
----------------------	-------------------

Die Linke

Herr Oliver Schröder	stv. Mitglied	Vertretung für Herrn Ulrich Wohlgemuth
----------------------	---------------	--

BergAUF

Herr Werner Engelhardt	ordentl. Mitglied
------------------------	-------------------

Gäste

Herr Felix Regelsberger	Planersocietät Frehn Steinberg Partner GmbH
-------------------------	---

Von der Verwaltung nehmen teil

Herr Stefan Böcking	Schriftführer
Frau Carina Rademacher	Mobilitätsmanagerin
Herr Norman Raupach	Stabsstellenleiter Klimaschutz und Mobilität
Frau Barbara Thiede	Amtsleiterin Stadtplanung
Herr Jens Toschläger	Technischer Beigeordneter
Frau Simone Warckentin	Amtsleiterin Straßen und Grünflächen

Entschuldigt fehlen

Herr Karl-Heinz Recke	stv. Mitglied
Herr Justin Michael Tamme	ordentl. Mitglied
Herr Ulrich Wohlgemuth	ordentl. Mitglied

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Bauen und Verkehr ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. OA 134 "Marktplatz Rünthe" 1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 12 BauGB und i. V. m. § 8 Abs.3 BauGB 2. Kenntnisnahme des Konzepts des Vorhabenträgers 3. Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB 4. Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB	13/0234
2	Flächenentsiegelung am Feuerwehrgerätehaus Oberaden	13/0233
3	Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2026 hier: Fahrradstraße Hubert-Biernat-Straße	13/0232
4	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2026 hier: Bericht über die für 2026 geplanten Maßnahmen zur Optimierung der Radverkehrsinfrastruktur	13/0239
5	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2026 hier: Sicherheit und Vorrang an Kreisverkehren für den Rad- und Fußverkehr	13/0240
6	Neuordnung der Verkehrsführung an Querungsstellen des Kuhbachwegs	13/0231
7	Einwohnerfragestunde	
8	Anfragen und Mitteilungen	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:

Tagesordnungspunkt 1:

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. OA 134 "Marktplatz Rünthe"

1. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 12 BauGB und i. V. m. § 8 Abs.3 BauGB

2. Kenntnisnahme des Konzepts des Vorhabenträgers

3. Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

4. Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 13/0234

Frau Thiede stellt den Geltungsbereich sowie die Bebauungskonzeption anhand der Folien 5 und 6 der Präsentation vor.

Vorgesehen seien sieben Baukörper sowie eine Tiefgarage, ergänzt um einige oberirdische Stellplätze. Da es sich um einen Altlastenstandort handele, sei eine Sanierung mittels Auskoffierung notwendig. Diesbezüglich befinde sich der Vorhabenträger im engen Austausch mit dem Kreis Unna.

Die Verwaltung prüfe zudem die Umsetzung des Vorhabens im Rahmen des sogenannten „Bauturbos“ ohne Aufstellung eines Bebauungsplans. Die Erarbeitung der entsprechenden Leitlinien solle, wie vom Ausschuss in der vorangegangenen Sitzung vom 18.03.2026 beschlossen, noch erfolgen. Der entsprechende Beschluss werde dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgelegt.

Herr Engelhardt begrüßt für die Gruppe BergAUF die Baumaßnahme, insbesondere die geplante Errichtung von Mehrfamilienhäusern. Er vermutet, dass die Fläche stark kontaminiert sei und wünscht, dass die Altlasten genau analysiert, dokumentiert und vollständig beseitigt werden. Herr Engelhardt wünscht die Aufnahme der Anlage 3 zu dieser Niederschrift.

Herr Strunk erklärt, dass die CDU-Fraktion die Bebauung befürworte. Er erkundigt sich, ob für alle Wohnungen auch oberirdische Stellplätze vorgesehen seien. Erfahrungsgemäß würden Tiefgaragen aus Kostengründen oft nicht angenommen werden, eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Parkplätze sollte vermieden werden.

Herr Toschläger erläutert, dass der Stellplatzschlüssel im Baugenehmigungsverfahren noch festgesetzt werde. Ob Mieter das Angebot des Eigentümers zur Anmietung von Stellplätzen annehmen, könne die Verwaltung nicht beeinflussen. Er bestätigt, dass auf der Fläche ein Angebot an Stellplätzen geschaffen werden müsse. Das Parken von Pkw in der Kanalstraße werde sich jedoch vermutlich nicht vollständig vermeiden lassen.

Herr Schäfer, Ortsvorsteher von Rünthe, begrüßt das Bauvorhaben. Er stimme Herrn Engelhardt hinsichtlich einer sicheren Sanierung zu, die Zusammenarbeit mit dem Kreis Unna sei deswegen sehr wichtig. Die genannte Parkplatzsituation in der Kanalstraße sei lösbar, es müsse jedoch sichergestellt werden, dass Parkplätze vorrangig durch die Anwohner genutzt würden.

Herr Deuse sieht in der Parkplatzsituation den größten Klärungsbedarf. Er sei jedoch überzeugt, dass sich dieser mit dem Bau der Tiefgarage lösen lasse und unterstütze das Bauvorhaben.

Herr Hellmich verweist auf den Marktplatz in Oberaden als abschreckendes Beispiel. Um sicherzustellen, dass Anwohner die Stellplätze nutzen, solle der Vermieter aufgefordert werden, die Stellplätze fest in den Mietverträgen zu vereinbaren. So könne sichergestellt werden, dass das Mieten einer Wohnung auch immer einen Stellplatz umfasse.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat der Stadt Bergkamen folgende Beschlussfassung:

1. Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. RT 134 „Marktplatz Rünthe“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zum Zwecke der Realisierung einer Wohnbebauung für den in der Anlage 1 gekennzeichneten Geltungsbereich. Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Rünthe, Flur 6, Nr. 1346, 1351, 1485 und 1486 und wird begrenzt
 - im Norden durch die südliche Grundstücksgrenze der Gebäude „Am Landwehrpark“ mit den Hausnummern 1k bis 1e,
 - im Osten durch die westliche Grenze des Landwehrparks,
 - im Süden durch die nördlichen Grundstücksgrenzen der Gebäude Kanalstraße 14 und 16 sowie der Gebäude der Straße „In der Dille“ 86 bis 80 und
 - im Westen durch die Kanalstraße.

Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses und somit der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Bergkamen nimmt das Konzept des Vorhabenträgers (Anlage 2) zur Kenntnis als Grundlage für den Bebauungsplan und die Durchführung von frühzeitiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung.

Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses und somit der Niederschrift.

3. Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Bürgerversammlung mit anschließender Auslegung auf Dauer von zwei Wochen.
4. Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 2:**Flächenentsiegelung am Feuerwehrgerätehaus Oberaden****Vorlage: 13/0233**

Herr Toschläger präsentiert eine aktuelle Bilanz zur Flächenentsiegelung im Stadtgebiet (Folie 8). Gemäß dem Beschluss (vgl. Drucksache 12/0736) zum Feuerwehrgerätehaus Oberaden aus dem Jahr 2022 sei die Verwaltung verpflichtet, andere Flächen im Stadtgebiet zu entsiegeln. Dieser Vorgabe konnte bereits teilweise nachgekommen werden (Folie 9).

Weitere Flächen seien zur Entsiegelung vorgesehen. Er verweist auf das KRiS-Programm zur Förderung der weiteren Flächenentsiegelung und sei zuversichtlich, dass die Flächen, die in Oberaden durch den Bau des Feuerwehrgerätehauses versiegelt würden, an anderer Stelle durch Entsiegelung wieder ausgeglichen werden könnten.

Herr Brückner beabsichtige, die vorgelegten Zahlen genau zu prüfen. Er verstehe, dass es sich um einen laufenden Prozess handle, und werde sich bei Rückfragen an die Verwaltung wenden.

Herr Schröder kritisiert, dass es sich aus seiner Sicht nicht um ein Entsiegeln von Flächen handle. Es würden lediglich bestehende Flächen aufgewertet, zum Beispiel durch das Pflanzen von Hecken. Er begrüße weitere Maßnahmen und erkundigt sich, ob der aufgegebene Ascheplatz an der Preinschule aufgeforstet werden könne.

Herr Toschläger erklärt, dass dies vorgenommen werden könne, sofern der Rat der Stadt Bergkamen entsprechende Mittel zur Verfügung stelle. Seines Wissens werde die Fläche von der Schule jedoch regelmäßig als „Zirkusfläche“ genutzt. Zudem seien im aktuellen Haushalt keine entsprechenden Finanzmittel vorgesehen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr des Rates der Stadt Bergkamen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme**Tagesordnungspunkt 3:****Antrag der SPD-Fraktion vom 05.05.2026****hier: Fahrradstraße Hubert-Biernat-Straße****Vorlage: 13/0232**

Herr Deuse stellt den Antrag vor. Der SPD-Fraktion gehe es um die Vorfahrtsregelung für Pkw- und Radverkehr an der Fahrradstraße Hubert-Biernat-Straße. Anwohner hätten das Anliegen an die Fraktion herangetragen. Insbesondere solle eine verkehrsrechtliche Prüfung der bestehenden Verkehrszeichen und Markierungen erfolgen.

Herr Engelhardt gibt an, dass die Einstufung als Fahrradstraße häufig wenig beachtet werde. Er empfiehlt, die Einfahrt zur Fahrradstraße zu verengen, um schnelle Überholmanöver von Pkw-Fahrern künftig zu unterbinden.

Herr Brückner begrüßt den Antrag und erklärt, ihn zu unterstützen. Als Radfahrer habe er selbst negative Erfahrungen mit Überholvorgängen auf der Fahrradstraße gemacht.

Herr Schäfer hält eine Verengung der Fahrbahn für sinnvoll, weist jedoch darauf hin, dass dies eine Erschwernis für den Busverkehr im Stadtgebiet darstellen könnte. Er glaube, dass die bestehende Markierung der Fahrradspur für Missverständnisse Sorge. Da es sich um eine Fahrradstraße handle, sollte die bestehende Markierung möglicherweise entfernt und durch eine vollständige farbliche Gestaltung der Fahrbahn ersetzt werden.

Herr Strunk erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützen werde. Ein Problem vor Ort seien die sogenannten „Elterntaxis“. Die Fahrer nutzten die Straße, obwohl diese eigentlich nur für Anlieger freigegeben und entsprechend beschildert sei.

Herr Schröder bekräftigt, dass Maßnahmen notwendig seien.

Herr Hauswirth begrüßt im Namen der AFD-Fraktion den Antrag.

Der Vorsitzende, Herr Schmülling, erklärt, sich über die Einstimmigkeit sehr zu freuen. Ihm seien ebenfalls Anfragen zur Lage vor Ort herangetragen worden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat der Stadt Bergkamen folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Bergkamen beauftragt die Verwaltung:

1. Zu prüfen, ob die Hubert-Biernat-Straße im Abschnitt vom Kreisverkehr am Gymnasium bis zum Kreisverkehr an der Gedächtnisstraße als Fahrradstraße den geltenden Vorschriften entspricht.

Gegenstand der Prüfungen sind:

- die Beschilderung
- die Fahrbahnmarkierungen
- die geltenden Verkehrsregeln
- die Ausgestaltung der Einmündungen und Kreuzungen

2. Auf Grundlage dieser Prüfung soll ein Konzept erarbeitet werden, wie die Straße regelkonform und verkehrssicher als Fahrradstraße gestaltet werden kann.
3. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob und inwieweit die Verkehrsführung der angrenzenden Straßen die Zielsetzung einer Fahrradstraße unterstützt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 4:**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2026****hier: Bericht über die für 2026 geplanten Maßnahmen zur Optimierung
der Radverkehrsinfrastruktur****Vorlage: 13/0239**

Herr Brückner erklärt, den Antrag der Fraktion zurückzuziehen, sofern dieser als Tagesordnungspunkt in die nächste Ausschusssitzung aufgenommen werde. Er wünsche eine Stellungnahme der Verwaltung zu der Anfrage sowie eine Aufnahme in das Protokoll.

Herr Schmülling hält fest, dass der Antrag als Anfrage an die Verwaltung behandelt werde. Die Verwaltung solle diese bearbeiten und als Tagesordnungspunkt in die nächste Ausschusssitzung aufnehmen.

Abstimmungsergebnis: Antrag wurde zurückgezogen

Tagesordnungspunkt 5:**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2026****hier: Sicherheit und Vorrang an Kreisverkehren für den Rad- und Fußverkehr****Vorlage: 13/0240**

Herr Brückner wünsche, den Antrag zurückzuziehen. Ihm sei mitgeteilt worden, dass sich ein entsprechendes Verkehrskonzept bereits in Planung befinde. Damit sei der Antrag obsolet.

Herr Schmülling bestätigt, dass vor drei bis vier Jahren ein Verkehrskonzept beschlossen worden sei. Ein Bestandteil dieses Konzeptes sei auch der Vorrang von Radfahrern und Fußgängern an Kreisverkehren. Zur nächsten Ausschusssitzung werde die Planersocietät Frehn Steinberg Partner GmbH ein ausgearbeitetes Konzept vorstellen. Der Punkt werde als Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung aufgenommen.

Herr Raupach erklärt, die Planersocietät, vertreten durch Herrn Regelsberger, sei anwesend, jedoch nicht für die laufende Mobilitätsstrategie zuständig. Die Betreuung erfolge durch die BüroStadtverkehr Planungsgesellschaft mbH & Co. KG. Herr Raupach bestätigt die Thematik in der kommenden Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu bringen und darüber zu berichten.

-

Herr Brückner stimmt zu und bestätigt den Rückzug des Antrages.

Abstimmungsergebnis: Antrag wurde zurückgezogen

Tagesordnungspunkt 6:

Neuordnung der Verkehrsführung an Querungsstellen des Kuhbachwegs

Vorlage: 13/0231

Herr Raupach stellt den Tagesordnungspunkt vor. Er unterstreicht die Bedeutung der Kuhbachtrasse als Radverkehrsweg. Neben dem Kanalradweg sei dieser einer der wesentlichen Radverkehrswege im Stadtgebiet. Die Möglichkeit sicherer Querungen sei unter diesem Gesichtspunkt besonders wichtig für die Verkehrssicherheit. Zurzeit bestünden vor Ort keine festen Regelungen zu den Querungsstellen. Dies solle mit der neuen Planung durch die Planersocietät geändert werden.

Die Planersocietät werde sich zudem um die Stellung des Förderantrages kümmern. Vorgesehen sei eine Förderquote von 80 %.

Herr Felix Regelsberger stellt das neue Konzept sowie die Fördermöglichkeiten anhand einer Präsentation der Planersocietät vor. Er sei zuversichtlich, dass eine Beschleunigung des Radverkehrs durch die neuen Regelungen (Folie 6 und 7) erreicht werden könne.

Herr Schmülling bestimmt, dass die Anliegen und Fragen der Mitglieder zunächst gesammelt werden.

Herr Deuse erklärt, dass die SPD-Fraktion einer Ampelregelung an der Geschwister-Scholl-Straße skeptisch gegenüberstehe. Die Straße weise viele Ein- und Ausfahrten auf, sodass sich das Verkehrsaufkommen bereits jetzt häufig stauende. Er schlägt vor, die Ampelquerung zunächst an einer Straße mit geringerem Verkehrsaufkommen umzusetzen. Unter diesem Gesichtspunkt sollte auch die Schulstraße zu einem späteren Zeitpunkt betrachtet werden. Vorzuziehen seien beispielsweise die Heinrich-, Büscher- oder Bambergstraße sowie die Töddinghauser Straße.

Herr Engelhardt bewertet die Planungen positiv. Er schlägt vor, an den Querungen anstelle von „Vorfahrt achten“-Verkehrszeichen Stoppschilder aufzustellen. Pkw-Fahrer würden diese eher wahrnehmen und beachten. Den Darstellungen von Herrn Deuse widerspricht er. Gerade an Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen wie der Töddinghauser Straße sei eine Ampelregelung sinnvoll.

Herr Strunk erkundigt sich, ob das Freischneiden der Sichtachsen die Sicherheit wesentlich verbessern könne. In Verbindung mit einer roten Markierung, wie sie beispielsweise an der Töddinghauser Straße bestehe, und der gesteigerten Sichtbarkeit aller Verkehrsteilnehmer ließen sich wesentliche Verbesserungen erzielen. Die CDU-Fraktion sehe die Ampelregelung an der Geschwister-Scholl-Straße ebenfalls kritisch.

Herr Brückner fragt an, ob die Querungsstellen beleuchtet sein werden. Das Freischneiden der Sichtachsen von Grünschnitt unterstütze er nicht. Bei frühzeitig sichtbaren Radfahrern würden Pkw-Fahrer dazu tendieren, deren Geschwindigkeit falsch einzuschätzen und noch überholen zu wollen.

Herr Schröder nennt Straßen, die nicht Teil der Präsentation waren, zum Beispiel die Jahnstraße, die Schulstraße und die Töddinghauser Straße. Er möchte wissen, ob dort ebenfalls Änderungen geplant würden. Er schlägt vor, die bestehende Ampel an der Jahnstraße auf Höhe der Querung zu verschieben.

Herr Herdring erklärt, dass er als Ortsvorsteher von Bergkamen-Mitte begrüße, dass die Maßnahmen in seinem Stadtteil beginnen werden. Die Einsehbarkeit sei sehr wichtig. Ebenso wichtig sei, dass alle neuen Querungshilfen einheitlich gestaltet würden. Die

Einschätzung von Herrn Brückner, dass bei größerer Sichtbarkeit auch mehr gerast werde, teile er nicht.

Herr Deuse ergänzt, dass die SPD-Fraktion nicht grundsätzlich gegen eine Ampellösung an der Geschwister-Scholl-Straße sei. Es gehe ihr vielmehr darum, eine Erstinstallation nicht an einer stark befahrenen Straße zu erproben. Er stimme Herrn Herdring zu, dass eine einheitliche Gestaltung der Markierungen gewährleistet sein sollte.

Herr Regelsberger nimmt Stellung zu den Anfragen. Er teile die Einschätzung, dass eine Ampel an der Geschwister-Scholl-Straße notwendig sei. Auch wenn die Straße viele Einfahrten aufweise, sei er zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden könne.

Bezüglich der Frage „Stoppschild statt Vorfahrt-achten-Schild“ führt Herr Regelsberger aus, dass nach Erfahrung der Planersocietät Stoppschilder eher missachtet würden. Insbesondere wenn Pkw-Fahrer wiederholt an einer Querung hielten, ohne dass Radfahrer querten, stelle sich schnell ein Gewöhnungseffekt ein. Dies sei bei einem Vorfahrt-achten-Schild eher nicht der Fall.

Zum Thema Sichtachsen empfehle er, diese stets freizuhalten. Dies betreffe sowohl den Grünschnitt als auch sonstige Sichthindernisse. Als Beispiel nennt er die Kreuzung an der Heinrichstraße, wo Container die Sicht einschränkten. Er empfehle, diese zu versetzen.

Es gebe unterschiedliche Meinungen in der Fachwelt, ob eine hohe Sichtbarkeit zu einer beschleunigten Fahrweise führe. Er selbst sei überzeugt, dass ein Blickkontakt zwischen Pkw- und Radfahrern ermöglicht werden sollte.

An den beiden nicht ampelgerechten Querungen an der Büscherstraße und der Heinrichstraße sei Tempo 30 vorgesehen. Es sei zu überlegen, ob der Straßenabschnitt dazwischen (Folie 5) zur Tempo-30-Zone erklärt werden sollte.

Herr Regelsberger bestätigt Herrn Brückner, dass die Beleuchtung der Querungen Teil der Planungen sei, und übergibt das Wort an Herrn Raupach.

Herr Raupach erklärt, dass zunächst die Förderanträge gestellt werden sollen. Ziel sei die Errichtung von zwei Querungen pro Jahr. Als erste seien die Bamberg- und die Heinrichstraße vorgesehen. Er unterstreicht die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit bei diesen Maßnahmen. Gesammelte Erfahrungen könnten später bei der Umsetzung an der Geschwister-Scholl-Straße Anwendung finden.

Für den Knotenpunkt Landwehrstraße/Geschwister-Scholl-Straße gebe es erste Planungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW). Möglicherweise könne bereits im Jahr 2028 das Verkehrsaufkommen durch die Errichtung eines Kreisverkehrs entlastet werden.

Verkehrssicherheit müsse an oberster Stelle stehen. Die Querungen über die Kuhbachtrasse zum Gewerbegebiet würden auch von Fußgängern und Radfahrern stark frequentiert. Geplant sei eine moderne Ampelanlage, die den Verkehr vor Ort erkenne und nur bei Bedarf den Pkw-Verkehr stoppe.

Herr Raupach nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Schröder. Er bestätigt, dass weitere Querungen entlang der sogenannten Kuhbachtrasse vorgesehen seien. Diese und andere Querungshilfen im Stadtgebiet würden nach den heute vorgestellten Standorten (Folie 5) Berücksichtigung finden.

Zur Unterstützung habe es bereits fachlichen Austausch mit dem Tiefbauamt der Stadt Dortmund gegeben. Herr Raupach sei zuversichtlich, dass die Querungen im Stadtgebiet für alle Verkehrsteilnehmer zufriedenstellend umgesetzt werden könnten.

Herr Regelsberger ergänzt zum Vorfahrt-achten-Schild, dass die geplante Niveauangleichung von Fahrbahn sowie Geh- und Radweg an den Querungsstellen zu einer Anrampung für die Kfz-Fahrer führe. Deswegen seien keine Stopp-Schilder notwendig. Herr Herdring merkt an, dass Anrampungen auf Strecken, auf denen der ÖPNV fahre, gegebenenfalls einer anderen Lösung bedürften.

Herr Schröder erkundigt sich, ob Querungshilfen an der Werner Straße, einer Bundesstraße, möglich seien.

Herr Raupach schätzt die Umsetzungsmöglichkeiten an der Werner Straße als schwierig ein. Als Bundesstraße liege die Zuständigkeit dort beim Landesbetrieb Straßen.NRW. Erfahrungsgemäß priorisiere Straßen.NRW den Fluss des Kfz-Verkehrs.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr des Rates der Stadt Bergkamen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 7:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Tagesordnungspunkt 8:

Anfragen und Mitteilungen

Es liegen weder Anfragen noch Mitteilungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Jens Schmülling
Vorsitzender

Stefan Böcking
Schriftführer